

Coblenz über. Von dieser Behörde erhielt das Kuratorium die Weisung, möglichst bald ein den Verhältnissen der Anstalt entsprechendes Statut zur Genehmigung vorzulegen. Kaum war der Ausbau der Anstalt zum Progymnasium gesichert, als der Vorsitzende des Kuratoriums auch schon die Angliederung der Prima erstrebte. Indes machte der ihm befreundete Provinzialschulrat Dr. Lucas in einem Schreiben vom 19. August 1862 darauf aufmerksam, daß er es für bedenklich halte, schon im Herbst die Prima einzurichten, da die Schule sich allmählich entwickeln müsse und zu ihrer festeren Begründung einer Übergangsperiode bedürfe.

### Das Progymnasium und Gymnasium 1862–1912.

Rektor Dr. Kuhl eröffnete am 9. Oktober 1862 das erste Schuljahr des Progymnasiums mit 80 Schülern, davon waren 8 in Sekunda, 7 in Tertia, je 21 in Quarta und Quinta und 23 in Sexta. Das Lehrerkollegium umfaßte 7 vollbeschäftigte Lehrkräfte, außerdem wurde ein evangelischer Pfarrer zur Erteilung von Religionsunterricht, ein Elementarlehrer zur Leitung des Gesangunterrichts und ein Sergeant für die Turnübungen herangezogen. Von den vollbeschäftigten Lehrern waren von vornherein außer dem Rektor nur zwei, die bereits der Stadtschule angehört hatten, fest angestellt. Und als mit Ablauf des ersten Jahres der Lehrer Pleuß nach vierzigjähriger Tätigkeit an der Anstalt in den Ruhestand trat, verfügte diese nur noch über einen endgültig angestellten Lehrer. Das Kuratorium hatte also sein Augenmerk darauf zu richten, geeignete Lehrkräfte zu gewinnen. Aber es vergingen mehrere Jahre, ehe sämtliche Lehrerstellen endgültig besetzt werden konnten. Der Unterricht wurde, soweit dies nicht schon geschehen war, genau nach dem Lehrplane der Gymnasien eingerichtet. Als Grundlage für die Verwaltung des Progymnasiums wurde ein besonderes Statut entworfen, das

im Juni 1863 die Genehmigung des Provinzialschulkollegiums fand. Zunächst ist darin die Unterhaltungspflicht der Stadt Jülich festgesetzt, die für alle Ausgaben aufzukommen hat, zu deren Deckung die Einnahmen aus den Einkünften der Anstalt nicht ausreichen. Als Rektor der Anstalt kann nur ein katholischer Schulmann berufen werden. Die Vertretung des Progymnasiums fällt dem Kuratorium zu, dieses hat auch eine Art Lokalaufsicht im Namen der Stadtgemeinde zu führen, soweit sie nicht dem Rektor übertragen ist. Das Kuratorium besteht aus dem jedesmaligen Bürgermeister, dem katholischen Oberpfarrer, einem der beiden evangelischen Stadtpfarrer, den die Körperschaft selbst zu wählen hat, dem Rektor der Anstalt und zwei von der Gemeindevertretung zu bestimmenden Mitgliedern. Diese Zusammensetzung erfuhr zunächst im Jahre 1876 dadurch eine Änderung, daß der jedesmalige Landrat zum Kompatronatskommissar bestellt wurde. Außerdem schieden im Jahre 1877 die Pfarrer der beiden Konfessionen aus, dafür hatte die Gemeindevertretung fortan drei Mitglieder zu ernennen, von denen eins dem evangelischen Bekenntnis angehören mußte.

Die Leitung des Kuratoriums liegt dem Bürgermeister ob. Die Wahl des Rektors und der Lehrer ist Sache des Kuratoriums, freilich bedarf sie der Genehmigung des Provinzialschulkollegiums, das überhaupt als vorgesetzte Dienstbehörde zu betrachten ist. Die Leitung der gesamten äußeren Verhältnisse, insbesondere die Einrichtung, Unterhaltung und Ausstattung der Schulgebäude und die Verwaltung des Schulvermögens liegt beim Kuratorium. Auf die inneren Verhältnisse, namentlich Zucht und Unterricht, übt es keinen direkten Einfluß aus. Es ist aber berechtigt und verpflichtet, seine Wünsche und Bedenken auf diesem Gebiete dem Rektor oder Provinzialschulkollegium mitzuteilen. An Schulgeld für Sexta und Quinta werden 20 Thlr., für Quarta und Tertia 24, für Sekunda 30 Thlr. jährlich erhoben, außerdem hat jeder Schüler 2 Thlr. 15 Sgr. Heizungsgeld und 1 Thlr. 10 Sgr. für den Turnunterricht zu entrichten,

Die besondere Abgabe für Heizung und Turnunterricht fiel mit dem Schuljahre 1864 fort, dafür wurden die einzelnen Stufen des Schulgeldes auf 23, 28, 33 Thlr. erhöht. Da die Gehälter für die Lehrkräfte nicht hoch bemessen waren — für den Rektor waren 550 Thlr., für die Lehrer durchschnittlich 450 Thlr. ausgesetzt — so hatte die Stadt zu dem Schulgelde und dem staatlichen Zuschusse von 262 Thlrn. 15 Sgr. nicht mehr als 1210 Thlr. zur Deckung der Gesamtausgaben von 3271 Thlrn. beizutragen. In den ersten Jahren wurde sogar ein Überschuß erzielt, obwohl bald eine Erhöhung des Gehalts des Rektors eintrat.

Störend für den Unterrichtsbetrieb wirkte es, daß die Anstalt nicht für sich über ein eigenes Gebäude verfügte, sondern mit 3 Elementarklassen in demselben Schulhause untergebracht war. Es galt also zunächst, dem Progymnasium ein besonderes Schulgebäude zu beschaffen. Unangenehm machte sich ferner die unzureichende Ausstattung der Sammlung für Lehrmittel bemerkbar, wenn auch im ersten Jahre nach Errichtung des Progymnasiums 200 Thlr. für diesen Zweck verwendet wurden. Als Hemmnis wurde die ungleichmäßige Vorbildung und der große Altersunterschied der in Sexta eintretenden Schüler empfunden. Um die Vorbildung gleichmäßig zu gestalten, gedachte Rektor Dr. Kuhl eine Vorbereitungs-klasse einzuführen. Obwohl diese Klasse im ersten Jahresbericht angekündigt wurde, ist sie doch überhaupt niemals ins Leben getreten. Ein Nachteil für den Unterrichtsbetrieb entstand weiterhin dadurch, daß manche Eltern, die ihre Söhne von vornherein für eine höhere Klasse vorbereiten ließen, dabei fast nur Wert auf die klassischen Sprachen legten und die anderen Fächer vernachlässigten.

Der Rektor suchte den Unterrichtsbetrieb einheitlich im Rahmen der allgemeinen Bestimmungen, die der Normallehrplan vom Jahre 1856 festgestellt hatte, zu gestalten. Große Sorgfalt wurde auf die fremdsprachliche Lektüre verwandt und vor allem darauf geachtet, daß die Schüler jedesmal ein klares Bild des gelesenen Schriftstellers er-

hielten. Dem Berichte über das Schuljahr 1863/64 schickte der Rektor eine Abhandlung voraus, worin er sich über die Art und Weise, wie die Schüler in der mündlichen Darstellung ihrer Gedanken geübt werden können, verbreitete. Wenn auch zu dieser Frage eine Verfügung des Provinzialschulkollegiums Anregung gegeben hatte, so war dem Rektor doch aufgefallen, daß die Pflege des mündlichen Ausdrucks gerade an der von ihm geleiteten Anstalt besonderer Sorgfalt bedurfte. Er versprach sich eine Förderung der mündlichen Darstellung, wenn die Schüler der unteren Klassen in kurzen Zeitabschnitten in Gegenwart der ganzen Anstalt die auswendig gelernten Gedichte auf-sagten und bei derselben Gelegenheit die Zöglinge der oberen Stufen Vorträge hielten, die sie selbst über den Mitschülern verständliche und interessante Stoffe gearbeitet hatten. Dabei sollte auf eine sorgfältige Durch-arbeitung dieser Vorträge besonderer Wert gelegt und sie zuerst vom Lehrer verbessert werden. Auch von Vorträgen in lateinischer und französischer Sprache erwartete Kuhl großen Vorteil. Schon Sextaner und Quintaner mußten lateinische Fabeln vortragen, damit auf diese Weise der mündliche Gebrauch der fremden Sprache am zweckmäs-sigsten vorbereitet werde.

Im Bericht über das Schuljahr 1864/65 gibt der Rektor einen Auszug aus einer bei der Schlußfeier gehaltenen Rede über Schulzeugnisse und Versetzungen. Da er hervorhebt, daß seine Darlegungen durch örtliche Verhältnisse und Vorkommnisse gefärbt sind, so muß man annehmen, daß der Schule Vorwürfe wegen allzu strenger Anforderungen gemacht worden waren, die freilich lediglich durch die Rücksicht auf die allgemeinen Bestimmungen zu erklären sind. Weil die richtige Verbindung zwischen Schule und Elternhaus eine der notwendigsten Bedingungen für das gedeihliche Wirken der Lehrer ist, sucht der Rektor eine solche anzubahnen und empfiehlt den Eltern in steter Beziehung mit den Lehrern ihrer Söhne zu bleiben. Mit besonderer Befriedigung meldet er, daß mit Beginn des

Schuljahres 1864 die letzte der Elementarklassen, mit denen das Progymnasium bisher das i. J. 1817 der Stadt zum Zwecke der Gründung einer höheren Schule geschenkte frühere Gebäude des Jesuitengymnasiums hatte teilen müssen, entfernt wurde und die Anstalt nunmehr in den Besitz ihres Eigentums gesetzt war. Sie verfügte über fünf geräumige helle Klassenräume, ein Konferenzzimmer, worin die Bibliothek aufgestellt war, ein Physikzimmer, das zugleich als Aufbewahrungsort für die physikalischen Apparate und naturwissenschaftlichen Sammlungen diente, und zwei kleinere Räume, von denen einer als Karzer benutzt wurde. Gleichzeitig wurde auch die Dienstwohnung des Rektors in das unmittelbar an das Progymnasium anstoßende Haus verlegt und mit dem Schulgebäude durch eine Tür in Verbindung gesetzt.

Wenn auch auf diese Weise die schlimmsten Übelstände beseitigt waren, so blieb doch noch manches zu wünschen übrig. Vor allem fehlte ein Raum, in dem die ganze Anstalt versammelt werden konnte. Ein solcher ließ sich gewinnen, wenn das anstoßende Schulgebäude der Volksschule geräumt und dem Progymnasium überwiesen wurde. Um dies zu ermöglichen, bedurfte es freilich zunächst der Errichtung eines Neubaus für die Volksschule, der beträchtliche Opfer von der Stadt verlangte. Zu Anfang des Schuljahres 1866 waren sämtliche Lehrerstellen mit Ausnahme der des katholischen Religionslehrers endgültig besetzt. Zu den bereits genannten nebenamtlich beschäftigten Lehrern kam noch ein Zeichenlehrer hinzu. Für den Turnunterricht wurden die Turneinrichtungen der Kgl. Unteroffizierschule unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Das Progymnasium war im ersten Jahre seines Bestehens von 89 Schülern besucht worden. In den folgenden Jahren erfuhr diese Zahl eine erfreuliche Vermehrung. Die Anstalt zählte 1863/64 101, 1864/65 120, 1865/66 134 Schüler, darunter 12 Obersekundaner, die freilich mit den Untersekundanern vereinigt waren. Der Zudrang erklärt sich dadurch, daß die Nachbarorte Eschweiler, Stolberg, Erkelenz

keine berechtigten Anstalten besaßen und der Besuch der Gymnasien in Düren und Bedburg etwas nachließ. Als nur gar das Jahr 1866/67 148 und 1867/68 162 Schüler brachte, und zwar jedesmal 7 in Obersekunda, schien der geeignete Zeitpunkt gekommen, wieder mit dem alten Wunsche nach Wiederherstellung des Gymnasiums an die Staatsbehörde heranzutreten.

Da bei der großen Schülerzahl eine Reihe von Lehrern für den Unterricht auf der oberen Stufe besonders geeignet erschien, stellte der Bürgermeister den Antrag, das Provinzialschulkollegium möge die Angliederung der Prima gestatten, damit im Herbste 1869 die erste Reifeprüfung abgehalten werden könne. Die Behörde glaubte jedoch erst die weitere Entwicklung der Anstalt abwarten zu müssen, ehe sie diesem Antrage nachgab. Vor allem hätten größere Mittel bereit gestellt werden müssen, deren Beschaffung der Stadt nicht leicht fallen konnte. Denn nachdem durch Kabinettsordre vom 19. August 1867 die Stadtgemeinde Jülich aus dem bisherigen Bürgermeistereiverbande mit den Landgemeinden Mersch, Pattern, Welldorf und Güsten ausgeschieden war und die Städteordnung erhalten hatte, war durch die erhebliche Steigerung der Verwaltungskosten eine Vermehrung der Ausgaben herbeigeführt worden. Auf den gewerblichen Verkehr hatte außerdem die im vorhergehenden Jahre eingetretene Verringerung der Garnison um ein Bataillon nachteilig eingewirkt. Trotz der keineswegs günstigen Finanzlage der Stadt hegte indes die Verwaltung nicht nur gute Hoffnung auf den baldigen Ausbau des Progymnasiums zu einer Vollanstalt, sondern glaubte auch schon für das nächste Jahr die Einrichtung von Parallelunterricht im Französischen und Englischen für diejenigen Schüler in Aussicht stellen zu können, die sich vorzugsweise in den Realfächern auszubilden und am griechischen Unterricht nicht teilzunehmen wünschten.

Für die Etatsperiode 1868—70 wurden die Gesamtausgaben für das Progymnasium auf 4900 Thlr. festge-

stellt, davon wurden 4096 Thlr auf die Besoldung der Lehrer und Hilfslehrer verwandt, für die Vermehrung der Unterrichtsmittel war der Betrag von 115 Thlrn. bestimmt. Die Einnahme aus dem Schulgelde war mit 2650 Thlr. eingesetzt, die Regierung leistete noch den Zuschuß von 262 Thlrn. 15 Sgr. Die Stadt hatte bei einem Gesamtetat von 9175 Thlrn. jährlich 1352 Thlr. 9 Sgr. zu den Kosten des Progymnasiums beizutragen. Der Rektor bezog an Gehalt 950 Thlr. und hatte für Wohnungsmiete 95 Thlr. an die Kasse zu zahlen. Der erste ordentliche Lehrer wurde mit 540 Thlrn. besoldet, für die letzte Lehrerstelle waren 460 Thlr. ausgeworfen. Auf Dienstwohnung oder Wohnungsgeldzuschuß hatten die Lehrer keinen Anspruch.

Im Schuljahre 1868/69 blieb die Anstalt bei der Schülerzahl 160, die Sekunda wies 35 Zöglinge auf, darunter 12 Obersekundaner. Bei dieser großen Schülerzahl hätte eine Trennung der Sekunda eintreten müssen, aber sie unterblieb zum Schaden des Unterrichtsbetriebs, weil es an dem erforderlichen Raum fehlte und der Stadt das Aufbringen der Kosten für eine neue Lehrkraft schwer fiel. Während in den anderen preußischen Provinzen die Tertia schon länger einen zweijährigen Kursus hatte, wurde im Rheinlande erst im Schuljahre 1869/70 angeordnet, daß Unter- und Obertertia zwei getrennte Klassen bilden und über die Versetzung aus der Unter- in die Obertertia am Schlusse des Schuljahres bestimmt werden sollte. Blieben auch vorläufig noch die Klassen vereinigt, so mußte doch schon die Beschaffung eines Klassenraumes bei einer später notwendig werdenden Teilung ins Auge gefaßt werden. Da mit der Zeit das anstoßende Gebäude der Elementarschule für die Zwecke des Progymnasiums voraussichtlich in Anspruch genommen werden mußte, so trat die städtische Verwaltung dem Plane, ein neues Schulgebäude für die Volksschule zu errichten, näher. In demselben Jahre hatte das Progymnasium die bis dahin noch nicht erreichte Zahl von 164 Schülern, darunter waren 27 Unter- und 12 Obersekundaner.

Mit Beginn des Schuljahres 1870 machte sich eine Abnahme der Schülerzahl bemerkbar, die auf 143, 126, 115 in den folgenden Jahren sank. Sie wurde ohne Zweifel in etwa durch die allgemeine wirtschaftliche Lage infolge des großen Krieges veranlaßt. Auch trugen die an verschiedenen Orten entstandenen Privatschulen, die den Eltern es ermöglichten, ihre Kinder länger bei sich zu behalten, Schuld an der Verringerung des Besuches. Infolgedessen wurde die bereits erwähnte Trennung der Klassen Sekunda und Tertia in weitere Ferne gerückt. Auch die Bestrebungen des Rektors Realabteilungen einzurichten fanden nicht das gemäß früheren Beschlüssen erhoffte Entgegenkommen der städtischen Vertretung. Denn durch den Rückgang im Besuche der Anstalt war ein erheblicher Ausfall an Schulgeld eingetreten, der aus der Gemeindegasse gedeckt werden mußte, soweit die Ersparnisse der früheren Jahre nicht ausreichten. Außerdem waren nach Beendigung des Krieges den Lehrern zweimal Teuerungszulagen bewilligt worden, die größere Mittel beansprucht hatten. Schließlich verlangte der sogenannte Normaletat vom Jahre 1872 eine beträchtliche Aufbesserung der Gehälter der Lehrer an höheren Schulen. Das Unterrichtsministerium hatte sich freilich bereit erklärt, außer dem bisherigen Zuschusse von 262 Thlrn. 15 Sgr. einen weiteren Bedürfniszuschuß von 1150 Thlrn. bis zur Besserung der finanziellen Lage der Anstalt behufs Erhöhung der Lehrergehälter zu bewilligen. Dabei hatte die Stadt sich zur Vermehrung ihres bisher geleisteten Beitrages um 900 Thlr. entschließen müssen. Allein dieser Betrag reichte gerade hin, um den bereits berichteten Ausfall an Schulgeld auf die Dauer zu decken. So fehlte zur Durchführung der neuen Besoldungsordnung jährlich immer noch die Summe von 1000 Thlrn., die aus städtischen Mitteln nicht mehr aufgebracht werden konnte. Kuratorium und Stadtrat suchten deshalb zunächst eine Erhöhung des staatlichen Zuschusses zu erreichen.

Da die Abnahme des Besuches darauf zurückgeführt wurde, daß eine Reihe auswärtiger Schüler von der Anstalt

fern blieb, weil die Erwartungen auf Vervollständigung des Progymnasiums sich nicht erfüllt hatten und Vollgymnasien zur Vermeidung eines Anstaltswechsels bevorzugt wurden, so trat das Verlangen nach einer Vollanstalt um so stärker hervor. Im Juli 1873 faßte der Stadtrat den Beschluß, bei der Staatsbehörde die Erhebung der Anstalt zu einem Gymnasium unter dem Patronat des Staates zu beantragen. Die Stadt Jülich erklärte sich bereit, unter Verzicht auf alle Patronatsrechte die bisher dem Progymnasium gewährten Zuschüsse auch ferner zu leisten, wenn der Staat die Anstalt zu einem vollständigen Gymnasium erheben und die Kosten der Einrichtung und Unterhaltung sowie das Patronat übernehmen wollte. Zur Begründung des Antrages war von dem Mitgliede des Kuratoriums Notar Dick eine ausführliche Denkschrift<sup>1)</sup> ausgearbeitet worden, die dem Provinzialschulkollegium zur Befürwortung bei dem Ministerium vorgelegt werden sollte. Ausgehend von der Geschichte des Jesuitengymnasiums suchte der Verfasser zuerst den Nachweis zu erbringen, daß die Stadt einen Anspruch auf ein Gymnasium erheben könne. Aus der Einziehung der Schulgüter durch den Domänenfiskus, wofür der Stadt nur eine geringe Entschädigung gezahlt worden war, leitete er die Verpflichtung des Staates zur angemessenen Unterstützung der Schule her. Der Staat hatte nach seiner Ansicht um so eher Anlaß mit seinen Mitteln einzugreifen, da die Leistungsfähigkeit der Stadt infolge der Abnahme der Schülerzahl, die hauptsächlich auf die Versagung der Erhebung zum Gymnasium zurückgeführt werden mußte, erschöpft war. Daß ein Gymnasium ein Bedürfnis für Jülich ist, beweist ihm der Umstand daß zunächst eine solche Anstalt bis zum Jahre 1794 bestanden hat und daß von den Schülern, die dem Progymnasium seit seiner Gründung angehört haben, eine ver-

---

<sup>1)</sup> Bericht über die Verwaltung und den Stand der Gemeindeangelegenheiten der Stadt Jülich für das Jahr 1873 S. 10.

hältnismäßig hohe Anzahl an Vollanstalten zur Beendigung der Gymnasialstudien übergegangen war. Auch aus der geographischen Lage Jülichs schien ihm die Notwendigkeit der Errichtung eines Gymnasiums hervorzugehen. Denn die Nachbarkreise Erkelenz, Geilenkirchen, Grevenbroich, Heinsberg, die eine größere Zahl nicht berechtigter Anstalten aufweisen konnten, entbehrten wie Jülich eines Gymnasiums. Und es ließ sich annehmen, daß die Schüler aus den angeführten Kreisen, wenn sich Gelegenheit dazu bot, ihre Gymnasialstudien in Jülich zum Abschluß bringen würden, sowohl wegen der Lage des Ortes als auch wegen der Überfüllung der Gymnasien in Aachen und Düren und der Eigenart der Ritterakademie zu Bedburg. Ferner wurde hervorgehoben, daß der Regierungsbezirk Aachen, der den größten Teil des ehemaligen Jülicher Landes umfasse, nur mit 2 Gymnasien ausgestattet sei, während der Regierungsbezirk Köln 7 und Düsseldorf sogar 10 solcher Anstalten besitze. Schließlich verdiene Jülich gegenüber anderen Städten eine Entschädigung, da es als langjährige Festung in der Entwicklung zurückgeblieben sei, und den Offiziers- und Beamtenfamilien müsse die Möglichkeit gegeben werden, ihren Söhnen eine volle Gymnasialbildung angedeihen zu lassen. Die kürzlich eröffneten Eisenbahnverbindungen nach verschiedenen Richtungen machten Jülich besonders geeignet zur Errichtung eines für die weitere Umgebung bestimmten Gymnasiums. In der Bürgerschaft versprach man sich besonderen Erfolg davon, wenn Kaiser Wilhelm I, der bei Schleifung der Festung im Jahre 1860 sich sehr huldvoll gezeigt hatte, gebeten werde, das Protektorat über die Anstalt zu übernehmen. Indes alle Bemühungen um die Vervollständigung der Anstalt blieben ergebnislos, wohl wurde erreicht, daß der Staat zur Durchführung des Normalstats einen jährlichen Zuschuß von 6105 Mark leistete, während die Stadt 6450 Mark für das Progymnasium aufzubringen hatte.

Inzwischen war der Bau eines neuen Schulhauses für die Volksschule in Angriff genommen worden. Der Rektor

bemühte sich, dieses Gebäude für die Zwecke des Progymnasiums zu erhalten. Allein die Stadtverordneten lehnten die darauf zielenden Anträge ab. Nunmehr kam es darauf an, das an das Progymnasium anstoßende Schulhaus zur Vermehrung und Verbesserung der Räumlichkeiten zu gewinnen. Das Jahr 1875 brachte die Umlegung des Schlusses des Schuljahres von Herbst auf Ostern.

Am 30. Juni 1876 wurde eine für die Progymnasien bedeutsame Ministerialverfügung erlassen. Die Aufnahme in die Prima eines Gymnasiums sollte fortan nicht mehr durch ein bloßes Abgangszeugnis, sondern nur durch das Zeugnis über die nach Abschluß des gesamten Lehrkursus des Progymnasiums bestandene Entlassungsprüfung erworben werden. Zum erstenmal unterzogen sich Ostern 1878 3 Schüler dieser Prüfung. Von dieser Einrichtung befürchtete der Rektor nicht mit Unrecht eine nachteilige Wirkung auf den Besuch der Progymnasien. Es konnte als sicher angenommen werden, daß Schüler, die das Gymnasium durchzumachen beabsichtigten, sich gleich einer Vollanstalt zuwenden würden, um der erwähnten Prüfung zu entgehen. Deshalb machte Dr. Kuhl den Vorschlag, die gleiche Prüfung auch an Gymnasien einzuführen und dadurch eine Entlastung bei der Reifeprüfung eintreten zu lassen.

Nachdem im Juli 1876 der Provinzialschulrat Dr. von Raczek gelegentlich einer Besichtigung der Anstalt dem Kuratorium seine Wünsche betreffs räumlicher Verbesserungen des Anstaltsgebäudes eindringlich ans Herz gelegt hatte, konnte der Rektor im Berichte über das Schuljahr 1877/78 anzeigen, daß durch Vereinigung zweier Schulsäle im Erdgeschoß, für die im anstoßenden Volksschulgebäude ein Ersatz beschafft sei, eine Aula gewonnen und an der Rektorwohnung die erforderlichen Umbauten vorgenommen seien.

Obwohl die Bemühungen um die Vervollständigung der Anstalt bis dahin von keinem Erfolg begleitet gewesen waren, so war doch der Gedanke an die Erreichung dieses

Zieles lebendig geblieben. Ein Beweis hierfür ist, daß die Stadtverordnetenversammlung anläßlich der goldenen Hochzeit des Kaiserpaares eine Kaiser-Wilhelm-Augusta-Stiftung mit einem Grundkapital von 1000 Mark ins Leben rief, die zur Förderung des Ausbaues des Progymnasiums dienen sollte. Der Plan eine Vorbereitungs-klasse einzurichten wurde vom Rektor wieder vorgebracht, allein er fand nicht die erforderliche Unterstützung im Kuratorium. Der Vorschlag anstelle der drei an der Anstalt tätigen technischen Hilfslehrer einen Elementarlehrer anzustellen wurde als zweckmäßig anerkannt, und am 15. November 1880 trat der Elementarlehrer Krall den Dienst am Progymnasium an. Außer dem Unterricht in den technischen Fächern übernahm er die deutschen Stunden in den beiden unteren Klassen. Als ein Fortschritt in der Entwicklung der Schule kann bezeichnet werden, daß mit dem Schuljahr 1880 die Klassen Ober- und Untertertia teilweise getrennt wurden. Die neuen Lehrpläne vom 31. März 1882, die eine Verstärkung des Unterrichts im Französischen, in der Mathematik und den Naturwissenschaften veranlaßten und den Beginn des griechischen Unterrichts von Quarta nach Untertertia verlegten, konnten ohne besondere Schwierigkeiten an der Anstalt eingeführt werden.

Gegenüber den früheren Jahren sank die Schülerzahl merklich vom Schuljahre 1882 ab, im Jahre 1884/85 zählte die Anstalt nur noch 101 Schüler. Diese Abnahme erklärt sich dadurch, daß die Konvikte in Neuß, Münstereifel und Rheinbach sowie die außerordentlich reichen Stiftungen, mit denen das Gymnasium in Düren ausgestattet war, eine starke Anziehung auf Schüler aus ländlichen Kreisen ausübten, und zwar besonders auf solche, die sich später dem Studium der Theologie zu widmen gedachten. Die Ministerialverfügung vom 13. Juli 1886, die für Anstalten von siebenjährigem Kursus eine Versetzungsprüfung behufs Zuerkennung des Zeugnisses zum einjährig-freiwilligen Militärdienste anordnete, war auch nicht dazu angetan, den Besuch dieser Anstalten zu fördern.

Am 6. Oktober 1887 waren 25 Jahre verflossen, seitdem Rektor Dr. Kuhl sein Amt an dem eben anerkannten Progymnasium angetreten hatte. Dieser Tag brachte dem verdienten Leiter reiche Ehrungen seitens des Kuratoriums, der Bürgerschaft und der ehemaligen Schüler.

Im Jahre 1888 erfuhren die Räumlichkeiten der Anstalt die schon seit langer Zeit angestrebte Verbesserung. Das letzte Zimmer in dem anstoßenden Elementarschulgebäude, das noch von einer Klasse besetzt war, wurde geräumt und dem Progymnasium überwiesen. Da sich aus diesem Raume zwei Klassenzimmer herrichten ließen, so wurde einer Reihe Übelständen, die bei der Teilung der Tertia sich eingestellt hatten, ein Ende gemacht.

Dem Jahresberichte 1889/90 wurde eine Abhandlung des Rektors, Geschichte des früheren Gymnasiums zu Jülich, zugleich ein Beitrag zur Ortsgeschichte, beigegeben. Auf Grund eines Beschlusses des Kuratoriums entschied die Stadtverordnetenversammlung vom 10. Juli 1891, daß die Kosten dieser Veröffentlichung aus den Überschüssen der Progymnasialkasse bestritten und der Erlös der zu verkaufenden Exemplare zu einer Stiftung bestimmt werden sollte, die den Namen Dr. Kuhl'sche Stiftung führt. Die Verwaltung der Stiftung wurde dem Kuratorium unterstellt, die Zinsen sollten zum Kapital geschlagen werden, bis es die Höhe von 1000 Mark erreicht hatte. Alsdann stand es dem Leiter der Anstalt zu, die Einkünfte jährlich an zwei aus der Stadt Jülich gebürtige dürftige und würdige Schüler als Prämien zu verteilen. Dr. Kuhl hatte nach seiner eigenen Angabe die Absicht gehabt, die Geschichte der von ihm geleiteten Schule zu schreiben und nur gelegentliche Ausblicke auf die Stadtgeschichte einzuflechten.<sup>1)</sup> Aber während der Arbeit war der Beitrag zur Ortsgeschichte allmählich zu einer ziemlich ausführlichen Geschichte der Stadt geworden, hinter der die Schulgeschichte zurücktrat. Demgemäß trug der zweite Teil des Werkes,

<sup>1)</sup> Kuhl, Geschichte der Stadt Jülich. II. Teil. Vorwort.

der im Jahre 1893 erschien, bereits den Titel Geschichte der Stadt Jülich, insbesondere des früheren Gymnasiums zu Jülich, ebenso waren die in den Jahren 1894 und 1897 herausgegebenen folgenden Bände betitelt.

Für die Gestaltung der Anstalt waren die Lehrpläne vom Jahre 1892 bedeutungsvoll. Die beiden Tertian, die bis dahin in einzelnen Fächern noch vereinigt gewesen waren, wurden völlig getrennt, die Obersekunda fiel fort.

Das nämliche Jahr brachte auch eine für das Lehrerkollegium wichtige Entscheidung. Obwohl zunächst im Jahre 1877 und nochmals im Jahre 1886 durch Erhöhung des Schulgeldes eine Steigerung der Einnahmen der Anstalt herbeigeführt wurde, so mußte die Stadt jährlich einen für ihre Verhältnisse bedeutenden Zuschuß leisten. Es ist daher begreiflich, daß sie sich außer stande erklärte, den von der Staatsbehörde für die Lehrer der Anstalt geforderten Wohnungsgeldzuschuß zu zahlen. Als aber die Weiterbewilligung der staatlichen Unterstützung für die Etatsperiode 1892/95 von der Gewährung des Wohnungsgeldzuschusses abhängig gemacht und das Angebot der Stadt den Zuschuß nur zur Hälfte oder für 3 Jahre zu zahlen als unzureichend abgelehnt wurde, entschloß sich die Stadtvertretung die Forderung des Provinzialschulkollegiums vom 1. April 1892 ab zu erfüllen. Kaum hatte die Stadt dieses schwere Opfer gebracht, als neue Anforderungen an sie herantraten, die Einführung des Normal-etats und die Sorge für die Hinterbliebenen der Lehrer. Die Versorgung der Hinterbliebenen erfolgte durch Anschluß an die sogenannte Versorgungsanstalt für die Kommunalbeamten der Rheinprovinz. Eine Erhöhung der Lehrergehälter war nur möglich, weil der Staat die bisherige jährliche Beihilfe fast verdoppelte. Er gewährte einen Zuschuß von 12 000 Mark, während die Stadt 11 707 Mark für die Schule aufzubringen hatte.

Der Rückgang der Schülerzahl, den die Anstalt gegenüber dem ersten Jahrzehnt ihres Bestehens verzeichnen mußte, hatte das Provinzialschulkollegium schon im Jahre

1890 veranlaßt, dem Kuratorium die Umwandlung in eine lateinlose Realschule nahe zu legen. Hierbei glaubte die Behörde auch den örtlichen Bedürfnissen Rechnung zu tragen, indem sie von der Annahme ausging, daß die Industrie in der Jülicher Gegend eine besondere Rolle spiele. Die Anregung fand keinen Anklang, da sie den Bedürfnissen nicht entsprach. Als Grundlage des Erwerbs in der Gegend war die Landwirtschaft anzusehen. Bei den Schülern auf dem Lande mußte Rücksicht auf die oft hervortretende Neigung zum geistlichen Stande genommen werden, für den die Gymnasialstudien Vorbedingung waren. Zudem hatten viele Familien ein Anrecht auf die in Cöln verwalteten Studienstiftungen, deren Genuß an den Besuch gymnasialer Anstalten geknüpft ist. Auch ließ sich nachweisen, daß 55 % der Schüler aus Untersekunda sich zur Fortsetzung ihrer Studien auf Gymnasien begeben hatten. Mit der Einrichtung einer Realschule wäre natürlich der Wunsch das alte Gymnasium wieder erstehen zu sehen für immer zu Grabe getragen worden. Freilich hatten die großen Anforderungen, die an die Stadtkasse gestellt wurden, den Gedanken an den Ausbau des Progymnasiums zurücktreten lassen. Dagegen wurde der schon in der Denkschrift vom Jahre 1874 hervorgetretene Plan das Patronat der Anstalt sowie die Unterhaltungspflicht an den Staat abzutreten, wieder aufgenommen. Um den Antrag auf Verstaatlichung zu unterstützen verfaßte Dr. Kuhl eine ausführliche Denkschrift vom 1. Februar 1874, die der Regierung eingereicht und an die Abgeordneten des Preußischen Landtages verteilt wurde. In der Denkschrift wurde der Nachweis versucht, daß die Stadt Jülich, die ohne ihr Verschulden infolge der französischen Invasion die Mittel zum Unterhalt ihres Gymnasiums verloren hatte, eine besondere Berücksichtigung seitens des Staates erwarten dürfe. Zur Unterstützung dieser Ansprüche wurde angeführt, daß die Stadt in ihrer Eigenschaft als Festung hinter den Nachbarstädten in der Entwicklung zurückgeblieben war, weil eben die Festung die Niederlassung von Industrie vor ihren

Toren unmöglich gemacht hatte, obwohl das Gelände an sich und vor allem wegen des Wasserreichtums dazu geeignet war. Auf die Festung war es zurückzuführen, daß die Eisenbahnlinie zwischen Cöln und Aachen nicht den alten Weg über Jülich eingeschlagen hatte und auch bei der Verbindung zwischen Düsseldorf und Aachen Jülich gemieden worden war. In Anbetracht der Opfer, die die Stadt jahrhundertlang als Festung gebracht hatte, schien ihr Antrag auf Verstaatlichung des Progymnasiums das Entgegenkommen der Staatsbehörde zu verdienen. Auch ging es ihr nicht darum, eine unbequeme Last für immer von sich abzuschütteln. Sie war vielmehr bereit ein neues den Anforderungen der vorgesetzten Behörde entsprechendes Schulgebäude auf ihre Kosten zu bauen und ferner einen festen Zuschuß von 8000 Mark zu leisten. Obwohl das Provinzialschulkollegium den Antrag der Stadt befürwortete, lehnte der Unterrichtsminister sowohl mit Rücksicht auf die ungünstige Finanzlage des Staates als auch auf die nur örtlichen Bedürfnissen entsprechende Bedeutung des Progymnasiums das Gesuch ab. Vor allem hob er hervor, daß der Wunsch der Stadt erst dann befriedigt werden könne, wenn die Anstalt zu einer Realschule umgestaltet sei. Es bedurfte der vereinten Bemühungen des Kuratoriums und des Stadtverordneten-Kollegiums, um das Unterrichtsministerium von weiteren Verhandlungen über die Umgestaltung der Schule abzubringen.

Da mittlerweile die günstige Wirkung der Steuerreform auf die Finanzlage des Staates sich erkennen ließ, wurde am Ende des Jahres 1894 der Antrag auf Verstaatlichung erneuert. Obwohl der Minister wieder ablehnenden Bescheid erteilte, verlor die städtische Vertretung nicht den Mut. Als im Oktober 1895 nochmals die Gründe, die für die Übernahme der Anstalt auf den Staat geltend gemacht werden konnten, vorgetragen wurden, ordnete der Minister Erhebungen an über die für Grunderwerb und Erbauung eines neuen Klassengebäudes erforderlichen Mittel und empfahl eine Beschleunigung der Angelegenheit, damit sie

unter Umständen bereits durch den nächsten Staatshaushaltsetat erledigt werden könne. Trotz der Befürwortung durch den Unterrichtsminister erwachsen dem Antrage Schwierigkeiten im Finanzministerium. Um diese zu beseitigen entsandte das Kuratorium gemäß Beschluß vom 6. Oktober 1896 außer dem Vorsitzenden Bürgermeister Hochstenbach den Kompatronatskommissar Landrat Dr. Vüllers nach Berlin.

Im Dezember desselben Jahres trat ein für die Anstalt bedeutsames Ereignis ein. Direktor Professor Dr. Kuhl beantragte mit Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand, der trotz längeren Urlaubs nicht die erwartete Besserung gefunden hatte, mit dem 1. April des folgenden Jahres in den Ruhestand versetzt zu werden. Die Kunde, daß der Mann, der 34 Jahre lang seine Kraft in den Dienst der Anstalt gestellt hatte, die Leitung niederlegen werde, erweckte allgemeine Teilnahme. Er war neben seiner Tätigkeit als Lehrer auch auf literarischem Gebiete recht fruchtbar gewesen. Außer den bereits erwähnten Veröffentlichungen brachte der Jahresbericht von 1874 die Abhandlung *Arya*, der Ariername, die Jahresberichte von 1875 und 1876 enthielten eine Abhandlung über die Anfänge des Menschengeschlechtes und seinen einheitlichen Ursprung. Später machte Kuhl noch die Bedeutung des *Accentus* im Homer, sowie *ὄρα* und *ἐπεὶ* bei Homer und die Zeitenfolge im Lateinischen und Deutschen zum Gegenstande eingehender Untersuchung. Ferner erschienen von ihm Darwin und die Sprachwissenschaft, die Descendenzlehre und der neue Glaube. Die Stadtverordneten ehrten die besonderen Verdienste, die Kuhl sich um die Stadt durch sein Geschichtswerk erworben hatte, indem sie ihm das Ehrenbürgerrecht verliehen, eine Auszeichnung, wie sie wohl selten einem Schulmanne zuteil geworden sein mag.

Nachdem Oberlehrer Rau als Senior des Lehrerkollegiums die Direktionsgeschäfte vom Oktober 1896 ab geführt hatte, übernahm am 29. Mai 1897 Dr. Wilhelm Emanuel Hoeres, vorher Oberlehrer am städtischen Gymnasium und

Realgymnasium zu Cöln, den das Kuratorium zum Direktor gewählt hatte, die Leitung der Anstalt.

Daß die Bemühungen der wegen der Verstaatlichung der Anstalt nach Berlin gereisten Mitglieder des Kuratoriums von Erfolg begleitet gewesen waren, trat bald hervor. Im Mai 1897 erhielt das Kuratorium die Nachricht, der Unterrichtsminister habe im Einverständnis mit dem Finanzminister die Übernahme der Anstalt von der Erfüllung gewisser Bedingungen abhängig gemacht. Zur Feststellung dieser Bedingungen fand im Juni eine Verhandlung mit einem vom Provinzialschulkollegium entsandten Kommissar statt. Die städtische Verwaltung hatte anfangs geglaubt, daß der Neubau des Schulgebäudes auf einem der Schulverwaltung zu überweisenden Grundstücke ausreichen werde. Indes die Regierung verlangte außer der Errichtung einer Direktorwohnung auch noch eine Turnhalle, weil die Verhandlungen mit der Militärbehörde über die bisher benutzte Turnhalle nicht zu dem gewünschten Ergebnis geführt hatten. Obwohl durch diese Forderungen die Baukosten, die von vornherein auf etwa 100 000 Mark berechnet waren, eine bedeutende Erhöhung erfuhren, so ging doch die städtische Verwaltung darauf ein. Dagegen erschien die vom Ministerium verlangte Verzinsung und Amortisation der Bausumme mit 5 % als zu schwere Belastung für die Stadt. Um eine Erleichterung herbeizuführen, wurden die beiden Mitglieder des Kuratoriums, die schon einmal in Berlin verhandelt hatten, nochmals dorthin gesandt, und sie erreichten, daß die Bauschuld mit 4½ % verzinst und getilgt werden konnte. Außerdem hatte sich die Stadt zu dem bereits früher angebotenen jährlichen Zuschuß von 8000 Mark zu verpflichten, der sich nach Tilgung der Bauschuld am 1. April 1949 auf 13 000 Mark erhöhen sollte. Das Vermögen der Schule, 3000 Mark aus Ersparnissen früherer Jahre herrührend, und die ihr zugehörige Sartorius-Stiftung mit einem Bestande von 1685 Mark verblieb ihr, der Fonds zur Sicherstellung der Alterszulagen im Betrage von 11719 Mark fiel an die Staatskasse. Der Pen-

sionsfonds in der Höhe von 13 000 Mark blieb im Besitze der Stadt Jülich, damit daraus die Pension des Direktors Dr. Kuhl bestritten werde. Die Lehrer der Anstalt sollten im Falle des Einverständnisses unmittelbare Staatsbeamte werden und die Stadt Jülich ihnen gegenüber von allen Verpflichtungen entbunden sein. Wenn der Staat das Progymnasium als eine über die Ziele der Volksschule hinausgehende Anstalt eingehen läßt, so hören die von der Stadt Jülich übernommenen Zahlungsverpflichtungen auf und das übergebene Grundstück fällt wieder in ihren Besitz zurück.

Die Lösung der Verstaatlichungsfrage stellte große Anforderungen an die Opferwilligkeit der Bürgerschaft. Trotzdem unterliegt es keinem Zweifel, daß bei der Opferfreudigkeit, womit die Stadt die zugemuteten Lasten übernahm, zugleich die Interessen des Gemeinwesens in der vorteilhaftesten Weise wahrgenommen wurden. Denn in den beiden letzten Jahren der städtischen Verwaltung des Progymnasiums hatten die durch Vertretung erkrankter Lehrer verursachten Kosten einen außerordentlichen Zuschuß von etwa 4500 Mark aus der Stadtkasse notwendig gemacht. Zudem war mit dem 1. April 1897 wieder eine Erhöhung der Lehrergehälter eingetreten, die einen jährlichen Mehrbedarf von 3600 Mark verlangte. Für die städtische Finanzverwaltung bedeutete es zunächst einen großen Vorteil, daß sie vor außerordentlichen Mehrausgaben, wie sie leicht durch Vertretungskosten und Mindereinnahmen an Schulgeld sowie andere nicht von vornherein zu übersehende Fälle verursacht werden konnten, in Zukunft verschont blieb. Sodann aber ließ sich mit ziemlicher Sicherheit annehmen, daß auch die regelmäßigen Kosten des Unterhalts der Anstalt, die bereits eine an die Leistungsfähigkeit der Stadt reichende Höhe erstiegen hatten, im Laufe der Jahre noch eine weitere Steigerung erfahren würden.

Nachdem der Vertrag über die Verstaatlichung die erforderliche Genehmigung gefunden hatte, fand am 25. Mai

1898 die förmliche Übernahme der Anstalt auf den Staat durch einen Vertreter des Provinzialschulkollegiums im Rathause statt. Dieser stattete zunächst dem Kuratorium den Dank der Behörde für die geleistete Mühewaltung ab und erklärte dann diese Körperschaft für aufgelöst. Im Kuratorium hatte im Laufe der Jahre eine Reihe trefflicher Bürger der Stadt mit dem jeweiligen Bürgermeister unter schwierigen Verhältnissen eine segensreiche Tätigkeit entfaltet. Es war nicht immer leicht gewesen, die Interessen der Anstalt, die einen stetig wachsenden Aufwand erforderte, mit den allgemeinen städtischen Interessen in Einklang zu bringen. Die Männer, die zuletzt dem Kuratorium angehört hatten, konnten mit besonderer Befriedigung ihr Amt niederlegen in dem Bewußtsein trotz unüberwindlich scheinender Hindernisse die Verstaatlichung des Progymnasiums erreicht und damit ebenso wohl den Vorteil der Anstalt wie der Stadt gefördert zu haben; es waren außer dem Bürgermeister Höchstenbach, Kompatronatskommissar Landrat Dr. Vüllers, Direktor Dr. Hoeres, die von dem Stadträte gewählten Mitglieder Fabrikbesitzer Julius Eichhorn, Kreistierarzt Esser, Rentner Theodor Schmitz. Die staatliche Verwaltung der Anstalt begann mit dem 1. April 1898. Bis zur Fertigstellung des neuen Schulgebäudes hatte die Stadt das bis dahin benutzte Gebäude nebst der Einrichtung dem Progymnasium zur Benutzung zu überlassen und ohne besondere Vergütung zu unterhalten.

Bezüglich der Auswahl eines für die Errichtung des Progymnasialgebäudes geeigneten Grundstückes entspann sich in der Bürgerschaft ein lebhafter Streit der Meinungen. Die städtische Vertretung glaubte am Neußer Platz, wo das Gebäude später auch errichtet wurde, das passendste Baugelände gefunden zu haben. Gegen diesen Plan wurde von anderer Seite geltend gemacht, daß die unmittelbare Nachbarschaft des städtischen Krankenhauses die Errichtung eines Schulgebäudes gerade an dieser Stelle verbiete. Dazu verursache das Karrengerassel an einer der verkehrreichsten Straßen, eine anliegende Wagenfabrik und Dampf-

säge, vor allem aber die Abhaltung von Schießübungen in dem nahe gelegenen Wallgraben Störungen, die den Unterricht benachteiligen müßten. Als passendere inmitten der Stadt gelegene Plätze wurden das Gelände der ehemaligen Artilleriekaserne oder das Lazarettgrundstück empfohlen. Auch der Schloßplatz wurde in Vorschlag gebracht, wobei allerdings die Schule als eine Art Prachtbau gedacht war, sowie ein dem Kreishause benachbartes Grundstück, das an drei Seiten von der Promenade eingeschlossen war. Es läßt sich nicht leugnen, daß die beiden zuletzt erwähnten Plätze in mancher Beziehung gegenüber dem Vorschlage der Stadtvertretung den Vorzug verdienen. Da indes die Erwerbung eines Geländes an der Promenade und besonders auf dem Schloßplatze große, vielleicht unlösbare Schwierigkeiten zu bieten schien, so wurde trotz lebhaften Widerspruches beschlossen, das Schulgebäude am Neußer Platz zu errichten, und zwar nach dem Plane des Kgl. Baurats Daniels in Aachen, dem auch die Bauleitung übertragen wurde. Am 4. April 1900 wurde der Grundstein in Gegenwart des Landrats, des Bürgermeisters sowie der Lehrer und Schüler der Anstalt gelegt.

Obwohl die städtische Verwaltung die Leitung und Fürsorge für die Anstalt an den Staat abgetreten hatte, so verlor sie doch das alte Ziel, die Wiederherstellung des Gymnasiums, nicht aus den Augen. Ehe noch der für die Aufnahme des Progymnasiums bestimmte Neubau vollendet war, fanden im Sommer des Jahres 1900 in der Stadtverordnetenversammlung Verhandlungen über die Vervollständigung der Anstalt statt. Ihr Ergebnis war, daß Bürgermeister Vogt, der Nachfolger des um die Schule hochverdienten Bürgermeisters Hochstenbach, mit dem Stadtverordneten Esser den Auftrag erhielt beim Provinzialschulkollegium in Coblenz Erkundigungen in der Angelegenheit einzuziehen. Da jedoch der Ausbau des Progymnasiums nach den Angaben der Schulbehörde ohne Uebernahme besonders großer Lasten durch die Stadt nicht erreichbar schien, so wurde zunächst von der Verfolgung

des Planes abgesehen. Als nun kurze Zeit darauf die Stadtverwaltung angeregt wurde, den Antrag zu erneuern, waren die Stadtverordneten bereit, den für eine Vollanstalt notwendigen Erweiterungsbau auf städtische Kosten errichten zu lassen. Nach einem vom Baurat Daniels entworfenen Plan wurde der Aufwand, den der Erweiterungsbau voraussichtlich verursachte, auf 43 800 Mark geschätzt.

Es war vor allem den Bemühungen des langjährigen Dezernenten der Anstalt, des Geheimrats Dr. Deiters zu danken, daß das Provinzialschulkollegium dem Antrage der Stadt freundlich gegenüberstand und es übernahm, ihn bei dem Ministerium zu befürworten. Mittlerweile war eifrig an dem neuen Schulgebäude gearbeitet worden, da es mit Beginn des Wintersemesters 1901 in Benutzung genommen werden sollte. Ehe es aber fertiggestellt war, erreichte die Tätigkeit des Direktors Dr. Hoeres, der nicht allein an dem Neubau, sondern auch an der Frage des Ausbaus der Anstalt bedeutsamen Anteil genommen hatte, infolge seiner Ernennung zum Regierungs- und Schulrat am 6. Juli 1901 ihren Abschluß. Es war ihm nicht beschieden, in das neue Schulgebäude den Einzug zu halten.

Am 4. September wurde Dr. Anton Kreuser, bis dahin Oberlehrer am Gymnasium zu Prüm, zu seinem Nachfolger ernannt, der am 1. Oktober sein Amt antrat.

Das Progymnasialgebäude war erst Ende Oktober soweit fertiggestellt, daß es der Staatsbehörde übergeben werden konnte. Es umfaßt im Kellergeschoß die Wohnung des Schuldieners und Räume für die Unterbringung von Fahrrädern, im Erdgeschoß 5 Schulzimmer und 1 Lehrerzimmer, im ersten Stockwerk 2 Schul-, 1 Bibliotheks- und 1 Sammlungszimmer, dazu eine Aula, die aber noch unvollendet blieb, weil der Raum für den Fall des Ausbaus der Anstalt als Zeichensaal hergerichtet werden sollte. Sämtliche Klassenzimmer wurden mit Rettigbänken neu ausgestattet. Die Direktorwohnung ist mit dem Schulgebäude durch einen Zwischenbau verbunden.

Nachdem seitens des Provinzialschulkollegiums die Genehmigung zur Uebersiedelung in das neue Gebäude mit dem 1. Januar 1902 erteilt war, wurde während der Weihnachtserien der Umzug bewerkstelligt. Am 3. Januar 1902 hielt die Anstalt ihren Einzug in das neue Gebäude. Es war ein bedeutsamer Augenblick, als sich Lehrer und Schüler gemeinsam mit dem Bürgermeister und den Stadtverordneten von dem alten Hause am Marktplatze, das mehr denn 100 Jahre die Schule beherbergt hatte und eine reiche Fülle von Erinnerungen in sich schloß, verabschiedeten.

Leider konnte im neuen Schulhause keine der Bedeutung des Tages völlig entsprechende Feier veranstaltet werden, da die Aula mit Rücksicht auf die wegen der Vervollständigung schwebenden Verhandlungen, wie bereits erwähnt, noch nicht ausgebaut war. Der von dem Bürgermeister Vogt bei der Einweihung des Gebäudes ausgesprochene Wunsch, daß die über dem Haupteingange angebrachte Inschrift „Königliches Gymnasium“ recht bald ihre Berechtigung erhalten möge, sollte sich in nicht allzu langer Zeit erfüllen. Da mit Rücksicht auf die Schüler der Untersekunda, die ihre Gymnasialstudien fortzusetzen gedachten, eine Entscheidung über die Frage des Ausbaus schleunigst herbeigeführt werden mußte, so begab sich im Auftrage der Stadtverordnetenversammlung Bürgermeister Vogt mit dem Stadtverordneten Gißler nach Berlin, um im Ministerium eine für die Stadt günstige EntschlieÙung zu veranlassen.

Die Wünsche der Stadt fanden im Unterrichtsministerium freundliches Entgegenkommen, der Vertreter des Finanzministers hingegen erklärte, daß die Errichtung des erforderlichen Erweiterungsbaus für die Erreichung des Zieles nicht genüge, sondern die Stadt sich zu einer Erhöhung ihres bisherigen Zuschusses um 6000 Mark jährlich verpflichten müsse. Ein solcher Betrag schien die Leistungsfähigkeit zu übersteigen. Deshalb gaben die Vertreter der Stadt sich alle Mühe eine Herabsetzung der

Forderung zu erreichen. Sie erwirkten auch, daß der Zuschuß bis zum Jahre 1949 auf 4000 Mark ermäßigt wurde, von diesem Zeitpunkte ab, der das Ende der Ausgaben für Verzinsung und Tilgung der Kosten des Erweiterungsbaus und der inneren Einrichtung bedeutete, sollte er auf 6000 Mark steigen. Da weitere Zugeständnisse seitens des Finanzministeriums unerreichbar schienen, so erbaten die Vertreter noch im Kultusministerium die Erlaubnis zur Einrichtung der Obersekunda mit Beginn des neuen Schuljahres. Die Erfüllung dieses Wunsches wurde davon abhängig gemacht, daß die Stadt sich sofort zur Übernahme der verlangten Leistungen bereit erkläre.

Obwohl der Stadt im Falle der Vervollständigung der Anstalt eine dauernde Abgabe von etwa 20 000 Mark jährlich auferlegt wurde, ein Betrag, der im Hinblick auf die Einwohnerzahl als außerordentlich hoch bezeichnet werden mußte, so entschlossen sich doch die Stadtverordneten einmütig der Forderung der Regierung zu entsprechen, um endlich einen lang gehegten Wunsch verwirklicht zu sehen. Eine kleine Erleichterung wurde der Stadt durch den Beschluß des Kreistages zuteil, bis auf weiteres der Stadtkasse einen Zuschuß von 1500 Mark jährlich zu den ihr aus der Vervollständigung der Anstalt erwachsenden Unkosten zu bewilligen. Für den Fall daß die Stadtvertretung durch Errichtung eines Internats passende Möglichkeit zur Unterbringung auswärtiger Schüler gewähren sollte, erbot sich der Kreistag seine Beihilfe auf 3000 Mark im Jahre zu erhöhen. Obwohl der zwischen der Staatsregierung und der Stadt Jülich vereinbarte Vertrag, der allerdings noch der Zustimmung des preußischen Landtages bedurfte, den Ausbau der Anstalt erst vom 1. April 1903 an in Aussicht nahm, so wurde doch schon Ostern 1902 die Obersekunda mit 18 Schülern angegliedert, da die Stadt den Mehrzuschuß von diesem Zeitpunkte an gezahlt hatte.

Nachdem so für den äußeren Ausbau der Anstalt die gewünschte Grundlage geschaffen war, mußte dafür gesorgt werden, daß die innere Entwicklung gleichen Schritt hielt.

Neben der allmählichen Angliederung der oberen Klassen stellte auch die Durchführung der im Jahre 1901 erschienenen Lehrpläne besondere Aufgaben an den Lehrkörper. Die Bewältigung dieser Aufgaben war um so schwieriger, weil die durch die Vervollständigung notwendig gewordenen Lehrerstellen bis zur Anerkennung der Anstalt als Gymnasium nur kommissarisch besetzt werden konnten und in ihren Inhabern öfteren Wechsel erfuhren. Dem Turnunterricht kam vor allem zugute, daß die Schule seit Herbst 1901 nicht mehr auf die Benutzung der Turnhalle der Unteroffizierschule angewiesen war, sondern über die von der Stadt vertragsmäßig erbaute zweckmäßig eingerichtete Halle verfügte. Während früher die Schüler jedesmal nur eine halbe Stunde turnen konnten, wurde nunmehr der Unterricht in ganzen Stunden erteilt, außerdem wurde die Zahl der Turnabteilungen vermehrt. Die Lehrmittel der Anstalt auf den verschiedenen Gebieten des Unterrichts bedurften besonders wegen der Einrichtung der oberen Klassen einer starken Vermehrung, eine Schülerbibliothek für die Oberstufe war neu zu begründen. Für alle diese Zwecke wurden aus der Staatskasse ausreichende Geldmittel zur Verfügung gestellt. Der Erweiterungsbau, der im Erdgeschoß 4 Klassenzimmer und im ersten Stockwerke eine Aula mit einer Grundfläche von 252 qm umfassen sollte, wurde im Mai 1902 in Angriff genommen und binnen Jahresfrist soweit gefördert, daß die mit dem Schuljahre 1903 eröffnete Unterprima in einem der neuen Klassenräume untergebracht werden konnte. Das Hofgelände, dem durch den Erweiterungsbau ein Teil seiner Fläche entzogen worden war, erfuhr eine Vergrößerung um 673 qm, so daß die gesamte Grundfläche des Gymnasiums 63 a 71 qm umspannt. Der Erweiterungsbau wurde am 8. Juni 1903 auf den Staat übernommen. Die Fertigstellung des Gymnasialgebäudes war ein für Jülich so bedeutsames Ereignis, daß die Stadtverordnetenversammlung es festlich zu begehen beschloß. Am 9. Juni fand unter allgemeiner Beteiligung der Behörden und der Bürgerschaft in der Aula eine öffentliche Schul-

feier statt, woran sich ein von der Stadt Jülich veranstaltetes Festessen anschloß. Das Fest erhielt dadurch eine besondere Bedeutung, daß das Provinzialschulkollegium dabei durch den Regierungsrat Dr. Peters vertreten war. Einen erneuten Beweis ihres Interesses für die Anstalt legte die städtische Verwaltung ab, als sie gelegentlich der Schulfeier durch Bürgermeister Vogt das 2709 Mark betragende Vermögen der Kaiser Wilhelm-Augusta-Stiftung, deren Zweck mit dem Ausbau des Progymnasiums erfüllt war, der Schule überwies, damit ihre Erträge zur Unterstützung von Schülern verwendet würden. Die Stiftung erfuhr eine dankenswerte Erhöhung durch zwei Bürger der Stadt, den Rentner Fritz Scheuer, der zur Erinnerung an seinen verstorbenen Vater Justizrat Scheuer als langjähriges Mitglied des Kuratoriums 1000 Mark spendete, und den Beigeordneten P. Linnartz, der 500 Mark zur Verfügung stellte. Hervorhebung verdient auch das vom Fabrikbesitzer Julius Eichhorn als würdiger Schmuck der Aula gestiftete von Künstlerhand gemalte Bildnis Sr. Majestät des Kaisers.

Da inzwischen auch der ursprünglich als Aula in Aussicht genommene Raum seiner Bestimmung gemäß als Zeichensaal hergerichtet war, konnte der Zeichenunterricht um so mehr gepflegt werden, als auch die bisher üblichen Vereinigungen zweier Klassen wegfielen. Der Besuch der Anstalt hatte mit dem Beginn des Ausbaus zugenommen. Die Schülerzahl war von 158 im Jahre 1901 in den drei folgenden Jahren auf 201, 237, 247 gestiegen. Ostern 1904 wurde die Oberprima eingerichtet. Im Anschlusse an eine Besichtigung der Anstalt, die Provinzialschulrat Dr. Abeck im November 1904 vornahm, erfolgte die ministerielle Genehmigung zur Abhaltung der ersten Reifeprüfung im Ostertermin 1905. Der Prüfung unterzogen sich 10 Oberprimaner. Auf Grund des Ergebnisses wurde ihnen sämtlich durch Ministerialerlaß vom 28. Februar 1905 das Reifezeugnis zugesprochen und die Anstalt als Gymnasium anerkannt.

Da nunmehr das langerstrebte Ziel, die Wiedererrichtung des alten Gymnasiums erreicht war, wurden die ersten Abiturienten am 22. März 1905 in Gegenwart der städtischen Behörden und zahlreicher Mitglieder der Bürgerschaft besonders feierlich entlassen. Erfreulich war es, daß der ehemalige Direktor Professor Dr. Kuhl die Erfüllung des von ihm so lange gehegten Wunsches noch erleben konnte. Im folgenden Jahre am 8. April verschied er zu Cöln-Ehrenfeld im Alter von 75 Jahren.

Mit der Anerkennung der Anstalt als Gymnasium wurden sämtliche Oberlehrerstellen endgültig besetzt. Auf diese Weise wurde der Wechsel der Lehrer, der sich gerade in der Zeit des Ausbaus oft unangenehm bemerkbar gemacht hatte, eingeschränkt. Während das Lehrerkollegium des Progymnasiums aus dem Direktor, 6 Oberlehrern, 1 technischen Lehrer und dem mit Erteilung des evangelischen Religionsunterrichts betrauten evangelischen Pfarrer bestanden hatte, verfügte das Gymnasium außer dem Direktor und technischen Lehrer über 11 Oberlehrer. Der evangelische Religionsunterricht war mit dem Schuljahre 1905 einem Oberlehrer übertragen worden. Die Leitung des Gesangunterrichts übernahm nebenamtlich ein Volksschullehrer.

Die Lehrmittel erfuhren eine ganz bedeutende Vermehrung infolge mehrmaliger Bewilligung außerordentlicher Beihilfen von seiten des Provinzialschulkollegiums. Zur Hebung des physikalischen Unterrichts wurde außerdem der Physiksaal im Schuljahre 1905/6 in einer den modernen Anforderungen entsprechenden Weise unter Aufwendung bedeutender Kosten eingerichtet. Das folgende Schuljahr brachte der Anstalt ein vom Lehrerkollegium, ehemaligen Schülern und Freunden der Schule gestiftetes prächtiges Geschenk, eine Fahne. Sie zeigt auf der Schauseite die preußischen Farben, die als Schmuck den heraldischen Adler und den Namen der Anstalt in kunstvoller Stickerei aufweisen. Die andere Seite führt in den Jülicher Farben die Inschrift: Deo, Patriae, Misis.

Daß dem physikalischen Unterrichte lebhaftes Interesse entgegengebracht wurde, geht aus der im Schuljahre 1907/8 getroffenen Einrichtung der Schülerübungen hervor. In demselben Jahre erfuhr die Lehrerbibliothek eine reiche Vermehrung durch den Bürgermeister a. D. J. Jungbluth in Cöln, einen ehemaligen Schüler der Anstalt. Er wandte ihr eine große Anzahl zum teil recht wertvoller Werke besonders geschichtlicher und lokalgeschichtlicher Literatur zu. Im Verlaufe des Schuljahres 1910/11 ermöglichte eine vom Ministerium zur Verfügung gestellte Summe von 2000 Mark den Anschluß des Physiksaales an das eben in Betrieb gesetzte städtische Stromnetz. Da der von der Stadt gelieferte dreiphasige Wechselstrom von ca. 200 Volt Spannung für die meisten Experimentierzwecke unbrauchbar ist, muß dieser zunächst in Gleichstrom umgewandelt werden. Um dies zu bewerkstelligen wurde im Sammlungszimmer ein Drehstrommotor aufgestellt, der mit einem Gleichstromdynamo von entsprechender Stärke verkuppelt ist. Im Physiksaal wurde eine Schalttafel angebracht, von ihr führt eine Leitung zur Aula, damit auch dort der Strom zu Experimentier- und Vortragszwecken benutzt werden kann.

Im Schuljahre 1911/12 entschloß sich die städtische Verwaltung auf einem unmittelbar an den Schulhof anstoßenden Grundstücke eine zweite geräumige Turnhalle zu errichten und sie dem Gymnasium für den Turnunterricht zur Verfügung zu stellen. Diese Einrichtung war für den Turnbetrieb der Anstalt äußerst vorteilhaft, da die vorher benutzte Turnhalle mindestens 6 Minuten vom Schulgebäude entfernt liegt.

Mit der Vervollständigung der Anstalt wuchs zunächst die Zahl der Schüler. Sie stieg von 238 im Jahre 1905/6 zunächst auf 259 und erreichte im Jahre 1907/8 den Höhepunkt mit 277 Zöglingen. In den folgenden Jahren machte sich eine Abnahme bemerkbar, vom Schuljahr 1908/9 bis 1912/13 zählte das Gymnasium nach einander 266, 259, 239, 226, 237 Schüler. Der Grund ist darin zu suchen, daß in den Nachbarstädten Eschweiler und Stolberg eben-

falls Gymnasien entstanden und diese Orte auch den Schülern Gelegenheit bieten sich eine Realbildung zu verschaffen. Ferner ist die höhere Stadtschule in Erkelenz zu einem Progymnasium ausgebaut worden, und schließlich werden die Rektorat- und Stadtschulen der Umgegend, nachdem sie für die Aufnahme auf Vollanstalten berechtigende Zeugnisse ausstellen können, von vielen Eltern deshalb bevorzugt, weil sie ihre Söhne länger bei sich behalten können. Von den Schülern stammen regelmäßig etwa 100 aus Jülich. Die Zahl der Auswärtigen, die im Schulort untergebracht sind, ist von Jahr zu Jahr gesunken. Denn zunächst sind in der letzten Zeit zwei neue Bahnlinien von Jülich aus eröffnet worden, nach Dalheim und Puffendorf, und außerdem liegen die Züge nach den verschiedenen Richtungen meist so günstig, daß die Schüler aus der näheren und weiteren Umgebung morgens rechtzeitig hier eintreffen und nach Schluß des Unterrichts sofort die Rückfahrt antreten können. Eine große Erleichterung bietet auch die Beschränkung des wissenschaftlichen Unterrichts auf zwei Nachmittage der Woche.

Das schon früher mehrmals hervorgetretene Verlangen nach Ersatzunterricht für das Griechische ist im letzten Jahre wiederum der Behörde vorgetragen worden. Ihm konnte nicht Folge gegeben werden, weil die Zahl der für den Ersatzunterricht in Betracht kommenden Schüler so gering war, daß für sie die durch die Einführung des gewünschten Unterrichts verursachten Kosten nicht aufgewandt werden konnten. Größere Beteiligung fände ein solcher Ersatzunterricht allerdings, wenn den Teilnehmern die Möglichkeit gegeben wäre, an der Anstalt auch die Reifeprüfung abzulegen. Ein solches Ziel ließe sich aber nur durch Umgestaltung in ein Realgymnasium erreichen. Da indes die Schule bisher hauptsächlich von Schülern aus ländlichen Verhältnissen besucht wurde, die sich die Möglichkeit für das theologische Studium offen halten wollten, so kann die Umwandlung in ein Realgymnasium nicht als im Einklang mit den Bedürfnissen stehend angesehen werden.

Es ist jedoch nicht ausgeschlossen, daß im Laufe der Jahre eine Änderung der Verhältnisse eintritt, da mancherlei Anzeichen darauf hindeuten, daß die Industrie in der Stadt Jülich und ihrer nächsten Umgebung größere Bedeutung gewinnen wird.

Die Übersicht hat gezeigt, daß die Entwicklung des Gymnasiums auf's engste mit der Stadt Jülich verknüpft ist und die Stadt der Anstalt von jeher das größte Interesse geschenkt hat. Freilich die Opfer, die im Laufe der Jahre gebracht worden sind und auch in Zukunft noch verlangt werden, sind keineswegs gering. Aber die Bürger haben keinen Grund diese Opferwilligkeit zu bereuen. Denn nachdem es ihnen gelungen ist, die Verwaltung des Gymnasiums in die mächtige Hand des Staates zu legen, ist der Bestand der Anstalt für alle Zeiten gesichert und zugleich erreicht worden, daß das aufwärts strebende Gemeinwesen bezüglich seiner Bildungsanstalt nicht hinter den Nachbarstädten zurückbleibt. Voll Zuversicht darf sich der Blick in die Zukunft richten, da die aufblühende Stadt und die reiche Umgegend, die in dem fruchtbringenden Boden eine unerschöpfliche Quelle des Wohlstandes besitzt, dem durch die reichen Mittel des Staates unterhaltenen Gymnasium stets einen ausreichenden Besuch sichert.

